

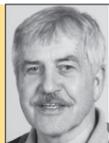
## Mühlenweg: Tempo runter

Etliche Anwohner am Mühlenweg (L 75) sind genervt von der Lärm- und Verkehrsbelastung und haben von der Stadt Verbesserungen gefordert, u. a. Geschwindigkeitsreduzierungen. Diese führen zu reduzierter Lärm- und Schadstoffbelastung. Verkehrszählungen in der zweiten Augsthälfte zeigten auf, dass fast die Hälfte der Fahrzeuge zu schnell fuhr. Die Verwaltung hat auf die Eingaben der Bürger Anfang November 2019 eine Zusammenkunft der zuständigen Stellen (u. a. Kreis; Landesbetrieb Straßenbau; Polizei) veranlasst, doch



die erhofften Verbesserungen für die Anlieger blieben bislang aus. Die Belastungen für die Anlieger seien für eine Landesstrasse nicht unüblich.

Dr. Günter Thiel  
Fraktionsvorsitzender



Auch die absolut einfachste, kostenlose und wirkungsvollste Maßnahme – Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 – sei aufgrund komplizierter Verordnungen nicht möglich, zumindest nicht jetzt. Die Stadt werde aber einen Lärmaktionsplan erstellen, der auch weitere stark belastete Straßen berücksichtigen solle. Es bleibt vorerst die Feststellung, dass zur Lärmreduzierung die betroffenen Anlieger zunächst etwas Lärm machen müssen.

## Regenrückhaltebeckenerweiterung am Küsterkamp:

# Immer mehr industrielles Abwasser

Bei Starkregen kommt es oft zu Überschwemmungen der Kleingärten und Wiesen entlang des innerstädtischen Bereichs der Krückau. Die Gründe dafür sind der schnell ansteigende Wasserpegel der Aue und damit verbunden der eingeschränkte Abfluss des Oberflächenwassers (Regenwassers) in die Krückau. Um einen Rückstau ins Barmstedter Regenwassersystem zu vermeiden, hat die Stadt bereits 1991 am Küsterkamp, hinter dem Aldi-Markt, ein 2.180 m<sup>3</sup> großes Regenwasserrückhaltebecken gebaut. Zwanzig Jahre später musste man feststellen, dass durch den Eintrag von Sedimenten aus der (Regenwasser)entwässerung von Wohnflächen und Straßen das Rückhaltebecken erheblich verschlammte. Durch eine Entschlammung konnte 2011 zwar das Rückhaltevolumen gehalten werden, aber durch die zunehmende Versiegelung im Stadtgebiet kann es nicht mehr den Anforderungen genügen.

Mit der Ansiedlung der Meierei/Käsefabrik in der Mühlenstraße verschärften sich die Probleme des Regenwassersystems. Der Meierei/Käsefabrik wurde nämlich erlaubt, ihre industriellen Abwässer (Brüdenwasser)



kostengünstig in das Regenwasserskanalnetz einzuleiten. Eine Einleitung in das Abwassernetz wäre wesentlich teurer für die Meierei/Käsefabrik. Durch die jährlich steigende Produktion fällt immer mehr Brüdenwasser an. Mittlerweile sind das mehrere Hunderttausend Kubikmeter jährlich. Dies führt zu einer Überforderung der Aufnahmefähigkeit des Regenwassersystems und verstärkt die Probleme



me bei Starkregen. Bis Ende 2021 soll jetzt eine erhebliche Vergrößerung des Regenwasserrückhaltebeckens vorgenommen werden. Die öffentliche Diskussion darum drehte sich bisher hauptsächlich um die Errichtung einer Baustraße entlang der Krückau. Dass die Abwässereinleitung der Meierei/Käsefabrik ein wesentlicher Grund für den Notstand ist, wird kaum thematisiert. Die



Raimond Bauer  
Ausschuss Bau- u.  
Umweltausschuss

Barmstedter Bevölkerung bleibt bisher uninformatiert, stattdessen wird sie zur Kasse gebeten: von 0.46 Euro auf 0.52 Euro pro Quadratmeter versiegelter Fläche hat der AZV ab 2020 die Niederschlagswassergebühr erhöht, „insbesondere“ wegen der „Modernisierungsmaßnahmen“ am Regenrückhaltebecken am Küsterkamp, die zu einem guten Teil durch die hohen Einleitungen der Meierei/Käsefabrik erforderlich sind.

## BALL-Fraktion gegen Strompreiserhöhung:

# Strompreise sollen weiter steigen

Die Stadtvertretung beschloss mit den Stimmen von CDU, FWB und SPD eine Erhöhung der Strompreise zum 1.1.2020 um 8.5 % beim Arbeitspreis. Die BALL-Fraktion lehnte geschlossen die Strompreiserhöhung ab, ebenso eine Stadtvertreterin der SPD und der GRÜNEN. Ein erheblicher Teil der Strompreiserhöhung geht auf die Erhöhung der Umlage für Erneuerbare Energien (EEG) zurück. Die konzernfreundliche Politik der CDU/CSU/SPD-Bundesregierung hat gut 2000 stromintensive Unternehmen von der Zahlung der EEG-Umlage – sowie von weiteren Abgaben – befreit, dementsprechend mehr werden die



Haushalte, Kleinbetriebe und mittelständischen Unternehmen zur Kasse gebeten. Die Strompreise in Deutschland sind mittlerweile die zweithöchsten

in Europa. „Die BALL hat in ihrem Kommunalwahlprogramm erklärt, dass sie keiner Strompreiserhöhung zustimmen wird. Daran halten wir uns. Die Strom-

preiserhöhung trifft Menschen mit geringem Einkommen besonders stark. Das lehnen wir ab“, so BALL-Stadtvertreter Klaus Kuberzig. Die BALL kritisiert weiterhin, dass bundesweit zahlreiche Industriebetriebe – so auch die Meierei/Käsefabrik – zusätzlich noch vor den Bürgern geheimgehaltene Sondertarife für den Strombezug erhalten. Die Großkonzerne zahlen dabei weniger als eine Rentnerin. Das ist absurd, wenn man an den Klimaschutz denkt. Die Angaben zu den Preiserhöhungen betreffen Haushalte, die Strom in einem Grundversorgungstarif beziehen. Laut Bundesnetzagentur sind das etwa 27 Prozent aller Haushalte.

## Preissteigerung für OGTS-Kurse

Mit Jahresbeginn übernahm die Johanniter-Unfall-Hilfe die Schulkin-derbetreuung an der GSS und JKS sowie die Organisation der Kurse der Offenen Ganztagschule. Die Kosten steigen von 10,- pro Halbjahr auf 25,- Euro im Monat, eine Steigerung von 1150%. Die Eltern haben wenig Verständnis für die Preissteigerung für die Teilnahme an den Nachmittagskursen, die nicht mit einer Leistungssteigerung einher geht und damit nicht gerechtfertigt ist. Im März wird sich der KSS-Ausschuss mit dem Thema befassen und eine Bewertung vornehmen. Die BALL möchte hier eine deutliche Kostenreduzierung erreichen, damit das Kursangebot für möglichst viele Kindern nutzbar ist.

**BALL – damit man draußen sieht, was drinnen geschieht:**

# Millionenauftrag ohne Ausschreibung

**D**ie Stadtwerke Barmstedt prozessieren aktuell vor Gericht mit der EDV-Dienstleistungsgesellschaft C319. Mit dieser hatte Stadtwerke-Chef Fred Freyermuth 2017 einen über fünf Jahre laufenden Dienstleistungsvertrag mit einem Auftragsvolumen von über einer Million Euro abgeschlossen. Im Jahre 2019 beendeten die Stadtwerke die Zusammenarbeit mit C319 fristlos wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten. C319 klagte gegen die Kündigung. Mit einem Urteil, bei dem es um sehr viel Geld geht, wird im Frühjahr gerechnet. Das ist das Eine.

Das Zweite ist ebenso heikel. In der Presse wurde über den Prozessbeginn berichtet. Daraufhin gab es einige kritische Hinweise und Nachfragen aus der Bevölkerung unserer Stadt. Es tauchte die Frage auf, ob bei der Vergabe des Millionenauftrags an C319 alles mit rechten Dingen zugegangen sei. BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel stellte daher

**Klaus Kuberzig**  
Vorsitzender  
Ausschuss für  
Jugend u. Soziales



auf der öffentlichen Sitzung des Werkausschusses am 27.11.2019 zwei Anfragen an



den Werkausschussvorsitzenden bzw. die Bürgermeisterin:

**1)** Ist seinerzeit der Leistungsauftrag an die C319 GmbH über rd. 1 Mio. Euro eigentlich öffentlich ausgeschrieben worden bzw. ist bei der Auftragsvergabe eigentlich das Vergaberecht beachtet worden?

**2)** Ist die Auftragsvergabe an die C319 seinerzeit eigentlich im Einklang mit dem Ortsrecht erfolgt bzw.

**a)** Wurden die Bürgermeisterin bzw. der zuständige Ausschuss vor der Auftragsvergabe in dieser beträchtlichen Größenordnung informiert?

**b)** Hätte nicht ein städtisches Gremium angesichts der Höhe des Auftrags zustimmen

müssen?

Es kam keine Antwort stattdessen: betretenes Schweigen im Raum. Die Bürgermeisterin wurde daraufhin gebeten, die beiden Fragen auf der nächsten öffentlichen Sitzung der Stadtvertretung zu beantworten, was dann auch am 17.12.2019 erfolgte. Sie stellte fest:

■ dass der Millionenauftrag an C319 ohne Ausschreibung vergeben wurde und

■ dass weder sie noch der zuständige Ausschuss bzw. der Vorsitzende informiert worden waren.

Nach dieser Erklärung herrschte wieder Stille im Saal – und es war nicht jene vorweihnachtliche Stille.

Der BALL-Fraktionsvorsitzende fragte daraufhin, wie es denn nun weitergehen würde; schließlich sei der Vorgang keine Kleinigkeit. Die Vergabe eines Millionenauftrags ohne Ausschreibung ist ein eklatanter Verstoß gegen das Vergaberecht und kann nicht folgenlos sein. Die Vermutung liegt zudem nahe, dass die Stadtwerke und damit die Stadt bei einer Ausschreibung beträchtliche Beträge hätten einsparen können. Zudem hat der Vorgang noch einen gewissen Beigeschmack – weil angeblich der Inhaber der Fa. C319 dem Werkleiter persönlich nicht gerade unbekannt war.

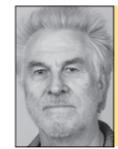
## Testmobilmachung gen Osten: Mehr als im Kalten Krieg

**U**m den 75. Jahrestag der Beendigung des zweiten Weltkriegs herum findet in Europa bis zur russischen Westgrenze eines der aufwändigsten NATO-Manöver statt.

Entgegen allen Ankündigungen begann das Großmanöver „Defender Europa 20“ bereits Ende Januar mit den ersten US-Truppenverlegungen quer durch Deutschland. Es ist eines der größten Manöver von Landstreitkräften seit Ende des Kalten Krieges. Laut Bundeswehr soll das Manöver bis Ende Mai andauern. Beteiligt sind insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten aus 16 NATO-Staaten. Bis zu 20.000 US-Soldaten mit entsprechendem schwerem Gerät wie ca. 40.000 Panzer und anderen Fahrzeugen werden über den Atlantik und anschließend quer durch Europa

russischen Expansionsdrang Einhalt zu gebieten. Diese Propaganda hat einen Grund: Ohne ein von der Bevölkerung akzeptiertes Feindbild und ohne ein latentes Bedrohungsgefühl ist die weitere Aufrüstung der NATO und insbesondere die geplante jährliche Verdoppelung des Bundeswehretats nicht zu begründen.

Mit dem Großmanöver soll auch die Illusion verbreitet werden, einen möglichen Krieg gegen Russland gewinnbar führen zu können. Diese Rechnung hat nur einen entscheidenden Denkfehler: Sie unterstellt, dass ein solcher Krieg hinsichtlich des



**Helmut Welk**  
Vorsitzender der  
Barmstedter  
Linken Liste BALL

eingesetzten Waffenspektrums und seiner geografischen Ausdehnung begrenzt wäre, dass



an die russische Grenze transportiert. Ziel des Manövers ist neben der Zurschaustellung militärischer Überlegenheit der NATO die Demonstration einer blitzschnellen Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA nach Osteuropa. Damit stellt es eine Provokation gegenüber Russland dar. Auf zwölf unterschiedlichen Routen, die Land-, Luft- und Wasserwege umfassen, werden die Soldaten auch die zivile Infrastruktur der Bundesrepublik im großen Umfang nutzen. Dabei werden nicht nur zahlreiche Bundeswehrstandorte in die Kriegslogistik eingebunden, sondern auch Häfen (Bremerhaven, Duisburg), Flughäfen (Hamburg, Frankfurt am Main) sowie Schienen und Straßen. Die Deutsche Bahn hat im Vorfeld des Manövers eigens zusätzliche Schwerlastwaggons für Panzertransporte angeschafft. In Polen und im Baltikum soll dann der Krieg gegen Russland geprobt werden.

Es ist das ständig über viele Medien verbreitete Argumentationsmuster: Russland ist aggressiv, Präsident Putin will „den Westen“ destabilisieren, nur die NATO ist in der Lage, durch Abschreckung dem

also die russischen Streitkräfte in einem solchen Konflikt der Regie der NATO folgen würden. Für diese Annahme gibt es allerdings keinen belastbaren Beleg. Ein Krieg an Russlands Grenzen würde sich kaum auf nichtatomare Waffen beschränken lassen und wenn er ausgebrochen wäre, würde auch das Territorium der Bundesrepublik zum Zielgebiet gegnerischer Atomraketen und zum Schlachtfeld werden. Wer also glaubt, dass die Bundesrepublik Deutschland im Kriegsfall „kein Frontstaat“ wäre und sich der Krieg mit allen seinen Folgen weit im Osten abspielen würde, unterliegt einem großen Irrtum.

Unter dem Motto NEIN zum NATO-Kriegsmanöver hat sich die Friedensbewegung auf Aktionskonferenzen mit dem Großmanöver beschäftigt. Folgende Forderungen wurden aufgestellt:

- Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation
  - Kooperation mit Russland in einem gemeinsamen „Haus Europa“
  - konsequente Abrüstung und Umverteilung der freiwerdenden Mittel
- Dafür werden die Friedensaktivisten überall während des Manövers demonstrieren.

## Weiter gegen den „Wasserraub“

**D**er „Wasserraub“: Die Meierei verbraucht mehr Wasser als alle Barmstedter/innen zusammen. Für das Wasser aus dem eigenen Brunnen bezahlt sie quasi nichts, für die großen Mengen von den Stadtwerken sehr wenig. Um bei der Bevölkerung keine Empörung aufkommen zu lassen, werden diese „Sondertarife“ geheim gehalten. Das darf so nicht weiter gehen. Die BALL fordert vom Gesetzgeber, dass zum Schutze des Trinkwassers mit den Wassergeschenken für Industriebetriebe Schluss gemacht wird. Die industriellen Wasserentnahmemengen sind deutlich zu reduzieren. Die Position der BALL: **1)** Der Preis für Wasserlieferung an Industriebetriebe muß bei höherem Verbrauch teurer und nicht billiger werden. **2)** Wir erwarten, dass der AZV den extra für die Meierei/Käsefabrik erlassenen Billigtarif von 0.19 Euro/m<sup>3</sup> für die Einleitung von Brüdenwasser in die Regenwasserkanalisation (!) deutlich erhöht.

## Kohleausstiegskompromiss der Bundesregierung:

# Es reicht einfach nicht



**O**wohl Angela Merkel im letzten Jahr den Klimaschutz zur Cheffinnsache erklärt hat, ist der Kohleausstiegsplan der Bundesregierung ein Verrat an Klima und Gesellschaft. Das Ausstiegsdatum 2038 ist für den historisch viertgrößten Klimaverschmutzer Deutschland ein zu geringer Beitrag und ein Bruch des Pariser Klimaabkommens. Der Abschaltplan für die Kohlekraftwerke kündigt den ohnehin viel zu schwachen Kohlekompromiss auf und macht ihn zu einem „Minikompromiss“. Den Kohlekonzernen werden klimaschädliche Mehremissionen von rund 180 Millionen Tonnen geschenkt. Das entspricht vier Jahre Klimaschutz von ganz Deutschland.

Für den Ausstieg aus der Braunkohle sind im Gesetzesentwurf noch gar keine Regelungen enthalten. Die Regierung will keine Konfrontation mit den Energiekonzernen. Statt regulierend einzugreifen, verhandelt sie mit den Betreibern und bietet denen Kompensationen aus Steuermitteln an, obwohl mehrere Rechtsgutachten zu dem Schluss kamen, dass die Regierung den Betreibern keine Entschädigung zahlen

müsse. Trotzdem hat sie ihnen Milliarden Euro in Aussicht gestellt, u. a. für die Abschaltung von Kohlekraftwerken, die sowieso schon kurz vor dem Ende standen. Allein RWE will die Bundesregierung gut zweieinhalb Milliarden Euro zuschieben.



Dann statt Ausstieg Neueinstieg: Mit „Datteln 4“ soll ein neues Steinkohlekraftwerk ans Netz gehen.

Bis 2022 sollen 7 Gigawatt an Kohlekraftwerken abgeschaltet werden. Um das vorgesehene Klimaziel für 2020 zu erreichen, wären aber mehr als das Doppelte, 16 Gigawatt, nötig gewesen. Jetzt wird das Ziel, wenn es gut läuft, erst 2025 erfüllt. Wie dann das nächste Ziel – minus 55 Prozent CO<sub>2</sub> bis 2030 – in

nur fünf Jahren erreicht werden soll, das bleibt wohl das Geheimnis der Regierung. Besonders bitter: Bis 2038 – also noch 19 Jahre – sollen Kohlekraftwerke weiterlaufen. Dabei ist schon mit der Forderung, bis 2030 aus der Kohle auszusteigen, das

1,5-Grad-Ziel Erderwärmung nur gerade so noch zu erreichen.

Seit Jahren kämpft die Klimabewegung für einen schnellen Kohleausstieg. Dabei hat sie den Rückhalt der Bevölkerung: Zwei unabhängige Umfragen haben gezeigt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung (67 Prozent) einen schnellen Kohleausstieg bis 2025 – statt 2038 – bevorzugt.

Für einen ernsthaften Klimaschutz müssen wir weiter auf die Straße gehen.